

# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 24 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark für 1000mal, für 2000mal 0,25 Goldmark, für 3000mal 0,20 Goldmark, für 4000mal 0,15 Goldmark, für 5000mal 0,10 Goldmark. — Die Druckgebühr für Druckkostenanlagen beträgt 0,10 Goldmark. — Für Einzahlung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mart bei freier Zustellung durch Zola  
Postbezugs für Monat Juni 2,00 Goldmark, für die Tages-Blätter monatlich 2 Kr. 15. Kreuzabrechnungen: im Inlande wöchentlich 0,90 Goldmark, nach dem Ausland 1,20 Goldmark.  
Einzelnnummer 15 G. Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandsstr. 4. • Fernruf: 27 980, 27 981, 27 982, 27 983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060  
Abbestellungs- und Anzeigenannahme werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle Meeresgewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entrichteten Anteils

Nr. 151 Sonntag, 29. Juni 1924 XXXII. Jahrg.

## Die deutsche Antwortnote an die Botschafterkonferenz

### Annahme der Militärkontrolle unter der Voraussetzung, daß es die letzte ist

B. Berlin, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Antwortnote an die Botschafterkonferenz in der Frage der Militärkontrolle wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages nach Paris übermittelt werden. Die Veröffentlichung wird dann wohl am Montag erfolgen. Ueber den vorläufigen Inhalt der Note glaubt der „L.M.“ berichten zu können: Die deutsche Regierung wiegt darauf hin, daß es sich nach der Ankündigung der Gegenseite um eine letzte abschließende Kontrolle handeln würde. Dabei würde auch der Tatbestand noch einmal festgelegt und es würden die Normen, die der Reichsminister Komitet neulich in einem Artikel in einer ausländischen Zeitung gegen Deutschland erhoben hat, zurückgewiesen. Alle Waffenbestände, die möglicherweise in Deutschland noch versteckt gehalten würden, würden geradezu in einem lächerlichen Verhältnis zu den riesigen Armeen, über die Frankreich heute verfügt. So lägen weder ein Grund zur Besorgnis, noch eine Ursache zu den weiteren Fortführung der bisherigen Kontrollmaßnahmen für die Entente vor.

das für Deutschland das angemessenste Regime eine konstitutionelle Monarchie sei, und er selbst sei für die Errichtung einer deutschen Monarchie. Es wird hierauf bemerkt, daß Rheinbaben wahrheitsgemäß auf Veranlassung seines Freundes Dr. Stresemann diese wichtige Mitteilung den Pariser maßgebenden politischen Kreisen machte.

Wir glauben bis zum Beweise des Gegenteils nicht, daß Dr. Stresemann Herrn v. Rheinbaben zu derartigen Mitteilungen ermächtigt hat. Herr v. Rheinbaben könnte also — wenn die ganze Geschichte nicht von Grund auf, was diesem durchaus zuzutragen ist, einfach erfunden wurde, um sich wichtig zu machen und gegen Deutschland zu hetzen — lediglich seine eigene, persönliche Ansicht ausgesprochen haben. Aber wir glauben, Herr v. Rheinbaben würde sich als Empfänger derartiger vertraulicher Eröffnungen einem anderen Mann ausdauern, als den ehemaligen deutschen Sozialdemokraten Grumbach, der vor zehn Jahren zu den Franzosen überlief und sich in üblicher Weise gegen seine früheren deutschen Parteigenossen betätigt hat.

#### v. Hoefel bei Herriot

Paris, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Herr v. Hoefel wurde gestern vormittag von Herriot empfangen. In der Unterhaltung wurde entgegen anderslautenden französischen Pressemitteilungen weder die Frage der Meinungsverträge noch die allseitige Militärkontrolle zur Sprache gebracht. Der deutsche Botschafter hat lediglich über die Eindrücke seiner Berliner Reise berichtet.

#### Rheinbaben und Grumbach

Telegramm unfres Korrespondenten eh. Paris, 28. Juni. In diesem Regierungskreis macht eine Erklärung, die der Reichsminister abgeordnete v. Rheinbaben bei einer Zusammenkunft der Carnegie-Stiftung über die künftige Wiederherstellung einer deutschen Monarchie gemacht hat, großes Aufsehen. Rheinbaben äußerte sich zu dem Sozialisten Grumbach, er glaube,

## Der Gegenfah Herriot—Macdonald

Telegramm unfres Korrespondenten eh. Paris, 28. Juni

Aus den gestrigen Erklärungen des Ministerpräsidenten in der Kammer geht hervor, daß die Anpassung des Sachverständigenberichts an den Versailler Vertrag als einer der besten Verhandlungspunkte angesehen ist. Macdonald vertritt den Gesichtspunkt, daß Deutschland für die Annahme des Dawes-Planes und dessen Durchführung eine Gegenleistung beanspruchen könne, über deren Natur es sich mit den Alliierten einandersehen solle. Herriot lehnte gestern in seiner Kammerrede diese Auffassung, die er als Ungerechtigkeit des Versailler Vertrags bezeichnete, ohne weiteres ab. Die französische Regierung will das Londoner Reparationsabkommen vom 11. Mai 1921 ausbauen, um die Einseitigkeit der Bestimmungen des Versailler Vertrags zu beseitigen. In dem Londoner Abkommen, das bekanntlich durch das Ultimatum an Deutschland erzwungen wurde, sind die Kontrollrechte und Eingriffsbefugnisse der Reparationskommission erweitert worden.

Herriot läßt sich also in seinen Diskussionen, welche er mit Macdonald führt, nicht an den Versailler Vertrag, sondern an das Londoner Abkommen halten, dessen Gültigkeit nach der Annahme des Dawes-Planes aufhören soll. Es ist unverständlich, weshalb endlich der öffentlichen Meinung Deutschlands von Berlin aus ein solches Vorgehen wird. Die Herriot'schen behauptungen werden durch das französische Publikum in dem Sinne zu beeinflussen, als wäre auch dem Versailler Vertrag das letzte Recht auf die Durchführung und eventuelle Ergreifung des Dawes-Planes abgesehen.

Es sei noch erwähnt, daß die französische Regierung beabsichtigt, die im französisch-deutschen Abkommen vom 9. Januar 1922 enthaltenen Bestimmungen aufzuheben zu lassen, daß die deutschen Zahlungen ausschließlich und allein für das französische Fußsangebiet verwendet werden dürfen. An Stelle dieser wichtigen Bestimmung soll eine andere treten, in der gesagt wird, daß auf Grund des Sachverständigenberichts deutsche Zahlungen in natura und Sachfabrikaten für das gesamte Frankreich und Belgien getätigt werden müssen.

Die Tragweite einer solchen Forderung ist ungeschwehert, denn es wäre dann möglich, die deutsche Industrie mit ihrer gesamten Produktion unter Kontrolle zu stellen und in Frankreich mit Hilfe der deutschen Industrie Werke zu schaffen, an deren Inhaltstücken die Deutschen in keiner Weise ein Interesse haben. Schließlich würde das Hauptziel, nämlich die schnelle Wiederherstellung des zerstörten Gebietes, belastet sein und die französischen Wirtschaftsgewinnern eine glänzende Gelegenheit geboten. Ihre Schwächen gäbe sie weiterzugeben und gleichzeitig in den Alliierten eine Oase gegen Deutschland zu säen. Es ist von größter Wichtigkeit, daß zu diesen Vorgehensweisen deutsche Stellung genommen wird.

### Die Provinzgenerale

Die sozialdemokratische Presse setzt ihre den Forderungen der französischen Nationalisten parallel gehende Aktion gegen die deutsche Reichswehr fort. In der neuerdings immer härter und einseitiger nach links abwendenden „Glode“, die einst bessere Tage sah, wird auf die bemerkenswerte Tatsache hingewiesen, daß auf dem letzten Parteitag der ehemalige Reichstagspräsident Lohbe sich für Ablehnung des Etats der Reichswehr ausgesprochen habe.

Die „Glode“ vertritt den Standpunkt, die Reichswehr müsse so bald als möglich „in die Reihen eines erweiterten Gendarmenkorps kommen“. Das ist bekanntlich die gleiche Forderung, die Frankreich und seine Verbündeten in Brüssel, Prag und Warschau für die Reine des deutschen Heeres erzielten, für die sich beispielsweise das von der Prager Regierung angebotene Organ „Prager Presse“ und sein deutschfeindlicher Berliner H-Korrespondent einsetzen, den die „Glode“ im gleichen Geist lobend erwähnt.

Der General v. Seede beim besten Willen nicht als Offizierskandidat „Gendarmenkorps“ werden kann, weil er, wie selbst die „Glode“ zugeben muß, „ein begehrenswertes Schicksal für die Nationalisten“ ist, nimmt man zur Abwechslung einmal die Provinzgenerale zum Angriffspunkt und behauptet — natürlich ohne den Beweis zu erbringen —, sie hätten bei der Aufhebung einer letzten Generalinspektion durch die Entente revoltiert. Es habe Wühler gekostet, sie in Reich und Glied zu stellen. Frankreich hat also einen neuen Vorwand, den Berliner maßgebenden Stellen Schwierigkeiten zu machen. Die sozialistische Presse gibt ihm das folgende Wort: „General v. Seede mag schon die besten Absichten haben, aber — die bösen Provinzgenerale.“ Denn es wäre zuviel von Frankreich verlangt, daß es die rein parteipolitischen Motive derartig angreife durchsichtbar und die ihnen zugrunde liegende Psychologie verheilt.

Wellecht hilft ihm folgende — ein komischer Zufall will's — im gleichen Geist der „Glode“ mitgeteilte Anekdote, die der Frankfurter Professor Dr. Fungus in der Weidmannschen Gesellschaft über die Psychologie der Affen zum besten gab: „Ein Affchen war plötzlich stumm und dachte sich in die Ecke. Man erwiderte schließlich, daß es ein Biss von einem Korbentener gerissen hatte. Es war ein Korbentener gewesen, und das Affchen hieß Friedrich Rex. Der Korbentener hatte ihm mit Harren, in die Umarmtheit gerichtetem Bild gezeichnet. Als das Bild entfernt wurde, war der Affe wieder betäubt.“ Es gibt Leute in Deutschland, die den Bild des großen Friedrich auch nicht ausblenden können und deswegen die letzten Reste seines Bildes herunterzureißen und zu zertrümmern suchen und erst ihre innere Ruhe wiederfinden, wenn sein Angebinde völlig verschwunden und an die Stelle der französischen Nationalisten und ihren deutschen Untertanen gleichgültigen Gleichgesinnten verstanden, von ihm gerühmten Karmes ein „erweitertes Gendarmenkorps“ getreten ist.

### Fünf Jahre nach Versailles

Von Bürgermeister Dr. Kütz, M. d. R.

Am 28. Juni waren fünf Jahre verfloßen, seitdem Deutschland den Gewaltakt von Versailles über sich ergehen lassen mußte. Ein sechzigjähriges Volk war erbarungslos der Willkür und Gewalt seiner Feinde preisgegeben. Fünf Jahre Verdrüßung liegen hinter uns. Auf Versailles sind weitere Stappen gesetzt; das Ultimatum von London, der Verlust von Oberschlesien, die Befestigung des Ruhrgebietes kamen als zwangsläufige Auswirkungen des verlorenen Krieges. Demütigungen und Bebrüdungen der unerbittlichsten Art riefen das deutsche Volk in die Tiefen eines modernen Sclaventums.

Nichtwüßig der Deutsche, der die Lage seines Volkes nicht als schmachvoll empfand! An heißen Nächten, den Weg ins Freie zu finden, hat es nicht gefehlt, aber überall, wohin es den Schritt lenkte, wehte dem deutschen Volke ein verpesteter Aufhauch entgegen. Erst als diese vergiftete Luft des Danks und der Verbildung auch auf unsere Feinde selbst zurückschlug, kam ihnen langsam die Erkenntnis, daß man andere Methoden wählen müsse, um die Frucht des Sieges einzuharsten. Auf vielfachen Konferenzen versuchte man, solche Methoden zu finden. Deutschland war dabei zunächst nur Objekt und nicht Subjekt der Verhandlungen.

Vor zwei Jahren schien es erstmalig so, als sollte die Verunft sich langsam eine Wasse bahnen. Wir hatten damals als Außenminister einen Staatsmann von besonderen Qualitäten, Walter Rathenau, der vor zwei Jahren, am 24. Juni 1922, durch ein schmachvolles Verbrechen dem deutschen Volke geraubt wurde, war der erste deutsche Minister, der den Weg zum Verstand unserer ehemaligen Gegner gefunden hatte. Auf der Konferenz von Genoa war seine große angelegte psychologisch klug abgemessene Rede das Ereignis der Tagung schlechthin. Es ist ihm und uns in der dann folgenden Zeit zunächst nicht beschieden gewesen, die damals angebotene Verständigung weiter zu führen. Der (sinnlose) politische Nord, der je begangen wurde, nahm uns den Staatsmann, der am ehesten in der Lage gewesen wäre, durch seine Besonnenheit und durch seine überragende Erziehung und Behandlung der außenpolitischen Realitäten einen Gegenpol zum französischen Vernichtungswillen zu schaffen, in einem Augenblicke, wo der französische Imperialismus zum letzten Schläge ausholte.

Unendlich viel Schmerz ist seitdem über Deutschland gekommen. Aber der in Ruhe und nach dem stärksten zum Ausdruck kommende Wahnsinn war doch als solcher so sinnlos und so ungeheuerlich, daß er auf seine Urheber zurückzuführen, und daß er der Welt und dem französischen Volke die Augen öffnete. So wurde dieser Ruhrkrieg nicht nur der tiefste Punkt unserer Erniedrigung und unserer Verdrüßung, sondern auch der Wendepunkt. Nur Karren könnten den Wandel verkennen, der sich in der politischen Einstellung der Welt und unserer ehemaligen Feinde zu Deutschland in den letzten Monaten vollzogen hat, und der sich mit einem einzigen Satze erschöpfend dahin kennzeichnen läßt, daß an Stelle des politischen Vernichtungswillens der wirtschaftliche Erhaltungs-wille getreten ist.

Unsere Gegner von gestern wollen nun nicht mehr in der Ordnung gebrachten deutschen Wirtschaft werden; sie an den Ertragsquellen unserer Wirtschaft teilnehmen zu lassen, ist das Opfer, mit dem die Freiheit von Ruhr und Ruhr erkaufte, mit der eine neue politische und wirtschaftliche Lebensmöglichkeit geschaffen werden kann. Beweis, dieses Opfer drückt hart auf Seele und Leib eines bisher freien Volkes, aber ohne ein solches wird sich der Weg ins Freie niemals öffnen. Alle die, welche in der Presse und in den Parlamenten gegen die Politik der Verständigung zu Felde ziehen, sollten doch bedenken, daß es nach einem verlorenen Krieg für das unterlegene Volk nur zwei Möglichkeiten gibt: entweder einen neuen Krieg in der Hoffnung auf einen besseren Ausgang zu führen oder mit den bisherigen Gegnern zu einer Verständigung zu gelangen. Selbst diejenigen, die ohne einen neuen Krieg eine endgültige Sicherung der deutschen Zukunft nicht für möglich halten, werden einen solchen Krieg bei der gegenwärtigen Gruppierung der Machtverhältnisse als einen absurden Gedanken verwerfen müssen. Daraus ergibt sich auch für sie die zwingende Notwendigkeit, eine Politik der Verständigung zu fördern. Ein Weiteres kommt hinzu. Einigen wir uns nicht mit den Gegnern, so bleibt es auf der andern Seite bei der Politik der politischen und wirtschaftlichen Sanftmütigen mit ihren absolut tödlichen Wirkungen; einigen wir uns, so kommt ganz gewiß für uns nicht sofort ein Paradies auf Erden, aber es kommt doch eben die Möglichkeit einer Entlastung und Entspannung.

Für Deutschland gilt es, die für uns jetzt erstmalig in London und Paris gärtiger gewordenen Renjunktur (Anell) und antijoffen an-

zunehmen. Wir dürfen nicht verkennen, daß die dort zur Zeit am Ruder befindlichen politischen Strömungen ebenso von nationalisistischer Verblendung befallen werden, wie es in Deutschland mit einer Politik der Vernunft und Besonnenheit geschieht. Für unsere Politik kommt es jetzt darauf an, alles aus dem Wege zu räumen, was in Frankreich und in England den Weg einer Verständigung mit uns Wassen in die Hand geben kann. Unter diesem Gesichtswinkel ist auch die Frage der abschließenden Militärkontrolle zu betrachten. Der Ton, in dem die betreffende Note an uns gehalten ist, unterfchelt sich stark von der Gesinnung und Ueberheblichkeit früherer Kundgebungen, daß unsere Antwort darauf wesentlich erleichtert wird.

Wer in Deutschland den aufrichtigen Wunsch hat, den für Ruhr und Volk gleich unwürdigen Zustand einer dauernden Militärkontrolle beseitigt zu sehen, dem darf das Opfer dieser einmaligen und letzten Schlußrevue nicht zu groß sein. Eine Ablehnung würde mit einem Schläge die alte Mär von dem gewalttätigen, jederzeit zur Friedendstörung bereiten Deutschland wieder aufleben lassen. Unsere vaterländischen Verbände und unsere der körperlichen Erziehung der Jugend dienenden Organisationen sollten sowie Klugheit und Vaterlandsliebe besitzen, um zu erkennen, daß gerade jetzt jede noch außen erkennbar werdende militärische Aufmachung und Aktivität von Uebel ist. Ferner wir doch endlich einmal, daß nicht nur auf dem offenen Markte, sondern auch hinter verschlossenen Türen nachhaltig gearbeitet werden kann.

Auf der internationalen Konferenz, die für den 18. Juli in London in Aussicht genommen ist, wird Deutschland ein andres Frankreich und ein andres England finden können als in Versailles und als auf früheren Konferenzen, wenn es dies selbst will. Willenslos haben wir uns bei gleichen Anlässen in der Vergangenheit Diktaten und Ultimaten ausgesetzt; für die neue Londoner Konferenz ist in dem Sachverständigenbericht von vornherein eine erträgliche Verhandlungsgrundlage geschaffen. Wir selbst können viel dazu beitragen, welche Atmosphäre in London herrschen wird.

Der Reichstag steht in dieser Beziehung vor ungeheurer Verantwortung. Bisher macht es freilich nicht den Eindruck, als ob sich alle Abgeordneten dieser schicksalsschweren Bedeutung der zu treffenden Entscheidungen bemüht wären. Wenn jetzt schon die verhältnismäßig geringfügigen Anlässe der Reichstag, der eine Stelle politisch-geistigen Ringens sein soll, sich herabwürdigt zu einem Schauplatz, wo man sich mit Unfähigkeit überbietet und an die Gurgel springt, dann kann man nur mit schwerer Sorge den bevorstehenden Verhandlungen über die Schicksalsfragen unfres Volkes entgegensehen. Der äußere Verlauf der Verhandlungen eines Parlamentes läßt sich auf den stillen Ernst schließen, mit dem seine Mitglieder an die Entscheidung ihrer Pflichten herantreten. Den Parteien der Mitte erwacht gegenüber dem deutschen Volke täglich dringender die Pflicht, die parlamentarische Kerntruppe einer besonnenen und verantwortungsbewußten Politik zu bleiben. Ein Reichstag, der die vorhandenen außenpolitischen Möglichkeiten selbst zertrümmert, begeht ein Verbrechen an dem deutschen Volke; ein Reichstag, der der Regierung auf dem Wege der Verständigung folgt, wird die Floride zu einer erträglichen Zukunft öffnen.

#### Die Rückkehr der Ausgewiesenen

Paris, 27. Juni. Casas meldet aus Piffelsdorf: General Degoutte hat auf Anweisung der französischen Regierung Vorkehrungen getroffen, um die gleichzeitige Rückkehr sämtlicher in der französischen Zone des Brabant-Korps belagerten Ausgewiesenen bis auf einige Ausnahmen zu ermöglichen. Diese Entscheidung sei am 27. Juni den Beteiligten mitgeteilt worden. Des weiteren sei die Strafenkennung zugunsten der wegen Teilnahme an politischen Widerstand Verurteilten angeordnet worden, der binnen kurzem die endgültige Begnadigung folgen werde.

#### Rein Ende der französischen Schreckensjustiz

Münch, 27. Juni. Das französische Kriegsgericht in Reims hat den Deutschen namens Fost zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er besonders in der Gegend des Hundsrück Kurtruf verteilt haben soll, in denen die Bayern aufgefordert werden, die Tätigkeit des internationalen Fortschritts zu beenden. Drei andre Deutsche, die zu fünf in Begnadigung gestanden haben sollen, denen man aber nur das Bestehen von nationalem Stolz in den Taten nachweisen konnte, erhielten je ein Jahr Gefängnis.

UFA  
Hauptstadt  
187. 126. 79.  
3.50  
5.75  
19.50  
1.80  
8.50